

Gemeinsam auf der Strompreisbremse

FAZ

15.2.13

Lange stritten sie sich, doch nun haben sich Altmaier und Rösler doch auf ein Rezept gegen teuren Strom geeinigt.

Von Andreas Mihm

BERLIN, 14. Februar. Es war spät am Mittwochabend, als sich Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) über die Vorschläge ihrer Beamten zur „Strompreisbremse“ beugten. Rösler war gerade von einer mehrtägigen Tour nach Kalifornien, Brüssel und Algerien wieder in Berlin zurück. Altmaier stand vor dem Treffen mit den Energieministern der Länder, die er für Donnerstagmorgen zu einer Besprechung seiner Vorschläge über Einsparungen bei der Ökostromförderung geladen hatte. Der Beratungsbedarf war offenbar nicht mehr groß – die Beamten hatten einen Kompromiss erarbeitet.

Die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll 2014 um knapp zwei Milliarden Euro beschnitten werden, die Umlage auf dem aktuellen Niveau von 5,27 Cent je Kilowattstunde eingefroren und der weitere Anstieg der Umlage in den Folgejahren auf je 2,5 Prozent begrenzt werden.

Nach dem Eckpunktepapier bekämen neue Ökostromanlagen ab August in den ersten fünf Monaten nur den niedrigeren Marktwert erstattet. Das soll 500 Millionen Euro einbringen. Photovoltaikanlagen wären ausgenommen. Die Vergütung für Neuanlagen würde ab dem sechsten Monat reduziert. Für Windanlagen an Land sänke die Anfangsvergütung von heute neun auf acht Cent je Ki-

lowattstunde. Boni für die Modernisierung und Netzstabilisierung fielen weg. Bei Solarstromanlagen bliebe alles unverändert. Für andere Anlagen, vor allem also Biogas und Offshore-Wind, würde von August 2013 an „die Vergütung einmalig in Höhe von 4 Prozent abgesenkt“. Das soll 100 Millionen Euro bringen.

Hinzu kommen Kürzungen und Änderungen in der Direktvermarktung von Ökostrom (60 Millionen Euro). Landwirten soll der Bonus gestrichen werden, den sie für Gülle in der Biogaserzeugung erhalten. Dies beträfe auch Anlagen, die zwischen 2004 und 2008 in Betrieb gingen (150 Millionen Euro). Für alle Anlagen, die vor dem 1. August 2013 Strom liefern, soll die Förderung 2014 um 1,5 Prozent (350 Millionen Euro) sinken.

700 Millionen Euro soll die Wirtschaft beisteuern. In dem Umfang würden Ausnahmen gestrichen, die energieintensive Betriebe geltend machen können. Vor allem sollen jene Branchen die Umlage zahlen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Die Betriebe dürfte das Vorhaben treffen, Eigenerzeugung und Selbstverbrauch von Strom nicht mehr zu bevorzugen – sie müssen für den nicht gelieferten Strom auch keine Umlage zahlen. Es soll eine Mindestumlage für alle Anlagen eingeführt werden. Ausgenommen wären Hausbesitzer mit Kleinanlagen und Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Vorschläge sollten zum 1. August 2013 in Kraft treten. Bei weiteren Maßnahmen gelte es, einseitige Belastungen der Industrie und der Netzbetreiber zu vermeiden. Der Satz zielt in die Zukunft. Denn beide Minister sind sich auch einig, „dass das EEG grundlegend reformiert werden muss“.